

wir insbesondere der amerikanischen Regierung als dem stärksten und führenden Faktor unter den westlichen Alliierten schwere Vorwürfe über die Verletzung unserer ureigensten Lebensinteressen machen müssen. Jeder Deutsche, ganz gleichgültig, in welcher Zone er wohnt, muß hier zur Wahrheit und zur Wirklichkeit durchstoßen. Es geht um die Verantwortung für das ganze Deutschland! Nur durch eine kritische und zielklare Überprüfung können wir zur verantwortlichen Tat kommen. Es schmerzt und empört uns zugleich, feststellen zu müssen, daß die westlichen Besatzungsmächte ihre feierlichen Verpflichtungen gebrochen haben. Die westlichen Zonen unserer Heimat stehen völlig unter der Herrschaft des Besatzungsstatutes der Westmächte. Alle entscheidenden Hoheitsrechte auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Außen- und Innenpolitik behalten die Alliierten in ihren Händen. Unter diesen Umständen kann die westdeutsche „Bundesregierung“ nicht als Organ einer deutschen Staatshoheit angesehen werden, sie ist lediglich Vollzugsorgan der westlichen Besatzungsmächte. Diese Tatsache machen wir den Regierungen der Westmächte zum schweren Vorwurf. Diese antinationale Politik der Westmächte trennt uns scharf in unseren Anschauungen und Forderungen. Genau so scharf sind wir durch die gleichen Tatsachen von den deutschen Politikern getrennt, die sich in ihrem Denken und Handeln zum Handlanger solcher antideutschen Ziele machen.

Derselbe nationale Ausgangspunkt bestimmt unser Verhältnis zur Sowjetunion. Wir anerkennen mit großer Befriedigung, daß die Sowjetische Militärverwaltung die Kriegsschuldigen und Kriegstreiber im Bereiche ihres Besatzungsgebietes nicht geschützt hat, sondern uns Deutschen die Möglichkeit einräumte, durch demokratische Reformen alle Maßnahmen zu treffen, um jenen volksfeindlichen Kreisen ein für allemal ihre traditionellen Umtriebe unmöglich zu machen. Die Sowjetregierung hat wiederholt gezeigt, daß das Potsdamer Abkommen für sie eine ernste Verpflichtung und nicht einfach ein Fetzen Papier ist. Erst gestern haben wir einen erneuten Beweis dieser Grundeinstellung der sowjetischen Regierung erhalten. Die Erklärung, die die Sowjetregierung gegenüber den Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik abgab, ist von größter nationaler Bedeutung. Die Sowjetregierung hat damit die Voraussetzungen geschaffen, unter denen die befreiende Tat der Kräfte der Nationalen Front zur vollen Auswirkung kommen kann. Sie hat den Weg geöffnet, der zur Wiedererlangung der vollen Souveränität des deutschen Volkes führt.

Durch diesen großzügigen Akt hat die Sowjetregierung gleichzeitig den Weg zur Lösung der deutschen Frage aufgezeigt. Sie hat damit erneut den Beweis geliefert, daß ihre Ziele durchaus mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes übereinstimmen. Ein Blick in den westdeutschen Blätterwald oder eine Viertelstunde der Sendung eines westdeutschen Senders zeigen, wie sehr die Erklärung der Sowjetregierung das Konzept jener antinationalen Kräfte verdorben hat. Jeder ehrliche Deutsche aber schöpft neue Kraft, neuen Mut und neue Zuversicht aus dieser Erklärung der Sowjetregierung. Es ist nicht das Verhalten des Siegers gegenüber dem Besiegten, das hier zum Ausdruck kommt. Es ist die Haltung eines starken, friedliebenden Volkes gegenüber einem einmal irrenden Volke, das erste Anstrengungen unternommen hat, um den Weg in eine glückliche und friedliche Zukunft zu gehen. Es ist der Geist und die Absicht eines helfenden Freundes, die hier zu spüren sind — und dafür sagen auch wir nationalen Demokraten unseren aufrichtigen Dank.

Im Herbst vorigen Jahres brachte die bekannte Stuttgarter „Wirtschafts-Zeitung“ einen großen Leitartikel mit der Überschrift: „Der Weg nach Draußen“. Der Inhalt dieses Artikels gipfelte in dem Satz: „Wie

wir, so müssen sich die anderen darüber klar sein, daß der Anschluß an die Welt nur von einem Volk, dem grundsätzlich gleiches Recht zuerkannt wird, gefunden werden kann.“ Diese Forderung ist in den westlichen Besatzungszonen unter den Bedingungen des Besatzungsstatutes nicht verwirklicht. Dagegen ist diese Forderung durch die Erklärung der Sowjetregierung für unsere Besatzungszone in die Tat umgesetzt. Auf eigenstaatlichem Boden beginnt die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Arbeit. Sie ist zunächst getragen durch die Kräfte des Demokratischen Blocks, dessen Richtlinien die Einheit, den Frieden und den Aufbau unserer deutschen Heimat in den Mittelpunkt jeglicher politischen Tätigkeit stellen.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands unterstreicht an dieser Stelle erneut ihren Willen zur positiven Mitarbeit im Demokratischen Block und bekennt sich uneingeschränkt zu seinen Richtlinien, an denen sie selbst mitgearbeitet hat und in denen alle Parteien einmütig die Warschauer Beschlüsse anerkannt haben.

Ebenso bekennt sich unsere Partei zu der Nationalen Front als dem breiten Fundament, das unsere demokratische Regierung trägt. Es ist kein Zufall, daß am vergangenen Freitag der Deutsche Volksrat, der nun in diesem Hohen Hause fortbesteht, das Manifest der Nationalen Front des deutschen Volkes einstimmig angenommen hat. Diese Einstimmigkeit zeugt davon, daß sich Deutsche aus allen Schichten und Berufen, allen Parteien und Weltanschauungen zusammengefunden haben, in dem festen Willen, das Schicksal der deutschen Nation gemeinsam in die Hand zu nehmen. Derselbe feste Wille zur Lösung der deutschen Lebensfragen spricht aus der Regierungserklärung, die heute der Herr Ministerpräsident abgegeben hat.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands begrüßt die Maßnahmen zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die in der Regierungserklärung aufgeführt sind. Wir unterstützen die Pläne der Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Außenhandels und vor allem der Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Die Absicht der Regierung, zum 1. Januar 1950 die Kartengruppe IV aufzuheben, wird vor allem eine Erhöhung des Lebensstandards der Hausfrauen, der Sozialrentner, Alten und Schwachen einleiten. Sie erfordert andererseits aber auch umfassende Maßnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und ein sorgfältiges Eingehen auf die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung.

Zur Frage der Umsiedler hat unsere Partei schon wiederholt konkrete Vorschläge gemacht, die im einzelnen zu behandeln jetzt nicht der Platz ist. Wir sind der Meinung, daß für diese Menschen, die nicht mehr als die anderen Deutschen zu der nationalen Katastrophe von 1945 beigetragen haben, aber die größten Opfer und Lasten auf sich nehmen und den Verlust ihrer Heimat überwinden müssen, alles getan werden muß, damit sie so schnell wie möglich den Anschluß an den allgemeinen Lebensstandard unserer Bevölkerung finden. Wir wiederholen an dieser Stelle unsere Forderung auf Erlaß eines Beheimatungsgesetzes, durch das die begründeten Ansprüche der Umsiedler binnen kürzester Zeit ihre Befriedigung erfahren.

Der Vorsitzende unserer Partei hat schon in seiner Stellungnahme zu dem Manifest an das deutsche Volk zum Ausdruck gebracht, daß unsere Partei einmütig und bedingungslos hinter einer demokratischen Regierung aller Deutschen steht. Ich will mich daher auch jetzt nicht weiter auf Einzelheiten einlassen, sondern nur die bereits abgegebene Erklärung noch einmal im Namen der Fraktion der National-Demokratischen Partei Deutschlands voll unterstreichen. In drei Fragen